

Drohgebärde der Waffen in Pakistans Süden

von Jorge Scholz

Karachi gleicht in diesen Tagen einer besetzten Stadt. Alle strategisch wichtigen Plätze, Straßenkreuzungen und Gebäude werden von schwebewaffneten Soldaten in Kampfanzügen kontrolliert, die sich in gemauerten Unterständen verschanzt haben. Militärstreifen patrouillieren mit Schnellfeuergewehren, die auf Jeeps und Mercedes-LKWs montiert sind. Auch Polizei und para-militärische Verbände demonstrieren verstärkte Präsenz. Gelegentlich rasen unter Sirenengeheul Transporter mit Verhafteten vorüber.

Die martialische Kulisse läßt jedoch die meisten Bewohner der quirligen 11-Millionen-Metropole völlig unbeeindruckt. Der chaotische Großstadtverkehr wälzt sich durch die verstopften Straßen und auf den Märkten herrscht weiterhin reges Treiben. Auch Gesprächspartner bestätigen immer wieder, die geballte Militärpräsenz werde ausdrücklich begrüßt. Vor allem Geschäftsleute loben die mit der Präsenz verbundene zurückgehende Kriminalität. Entführungen und Schießereien zwischen verfeindeten ethnischen, politischen oder religiösen Gruppierungen hätten aufgehört. Selbst die ansonsten recht bissige englischsprachige Presse Pakistans übt nur moderate Kritik am Aufmarsch der Armee. Tatsächlich scheint sie die im Südosten des Landes gelegene Provinz Sindh mit der schier unregierbar gewordenen Megapolis Karachi noch einmal vor der

drohenden Anarchie und dem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung bewahrt zu haben.

'Dacoits' treiben ihr Unwesen

Gut organisierte Verbrecherbanden hatten vor allem im unzugänglichen Inneren des Sindh durch skrupellosen Terror, der auch vor Vergewaltigung und Mord nicht zurückschreckte, weite Gebiete unter ihre Kontrolle gebracht. Gedeckt durch einflußreiche Hintermänner unter den allmächtigen Großgrundbesitzern und unter Politikern und hohen Beamten, bedrohten die in Pakistan als 'dacoits' bezeichneten Gangster mit regelmäßigen Überfällen der zwischen der bevölkerungsreichen Provinz Punjab und dem Industriezentrum und Ausfuhrhafen Karachi pendelnden Züge, Busse und LKWs sogar die ökonomische Lebensa-

der des Landes.

Schon seit langem konnte die Provinzregierung dem immer dreisteren Treiben der mafia-ähnlichen Organisationen nur noch hilflos zuschauen. Nicht nur war oft genug die Polizei via Korruption am kriminellen Geschäft beteiligt. Die Spuren der Drahtzieher deuteten sogar auf schwarze Schafe mit weißer Weste in der Ministerrunde des neuen Ministerpräsidenten der Provinz Sindh, Muzaffar Hussain Shah. Die krisengeschüttelte Bundesregierung unter Premierminister Nawaz Sharif - gerade zwei Jahre im Amt - sah sich nach langen Diskussionen und heftigem Drängen des Generalstabes gezwungen, die Notbremse zu ziehen, und setzte nach einem formalen Hilfesuch der Provinzregierung des Sindh am 19. Mai diesen Jahres die Armee dorthin in Marsch. Zunächst auf sechs Monate befristet haben die Militärs in Übereinstimmung mit einem entsprechenden Artikel der Verfassung unter dem bezeichnenden Codenamen 'Operation Clean-up' im Sindh die Macht übernommen, um wieder Ruhe, Recht und Ordnung herzustellen.

Mit einem ersten Schritt versuchte die Armee mit Hilfe von Hubschraubern und Fallschirmjägern die 'dacoits' in ihren Schlupflöchern im undurchdringlichen Dickicht des unteren Indus aufzustöbern. Dutzende Menschen wurden bei heftigen Feuergefechten getötet und hunderte verhaftet, obwohl eine offizielle Bilanz noch aussteht.

Auffallend war bei dieser an einen Dschungelkrieg erinnernden Offensive, daß sich die Armee



Aufmarsch der Armee in Karachi (Foto: 'Herald', Karachi)

um streng gesetz- und verfassungskonformes Vorgehen bemühte, was in Pakistan noch längst keine Selbstverständlichkeit ist: Soldaten, die bei zwei Zwischenfällen zehn unschuldige Dorfbewohner erschossen hatten, wurden von Militärgerichten schwer bestraft, während mehrere hochrangige verantwortliche Offiziere den Dienst quittieren mußten.

Die Imagepflege der Armee im Sindh hat seine Gründe, denn der Blutzoll, den die Bevölkerung 1983 für einen Bauernaufstand gegen die Militärdiktatur General Zia-ul Haq bezahlen mußte, ist noch nicht vergessen. So läßt sich auch erklären, daß die Armee ihre Verbrecherjagd mit Basisgesundheitsversorgung der von ihrer Regierung nicht gerade verwöhnten Landbevölkerung flankiert und an Kranke kostenlos Medikamente verteilt. Auch ihr unermüdlicher Einsatz in den von der Hochwasserflutkatastrophe betroffenen Gebieten hat zu neuem positivem Ansehen verholfen, was Spekulationen über die politischen Ziele und Ambitionen der Militärs nährt. Denn während der erste Teil der 'Operation Clean-up' - die Säuberung des ländlichen Sindh - inzwischen als erfolgreich eingestuft werden kann, gibt es bei der Bekämpfung der städtischen Terroristen, Waffen- und Drogenhändler erhebliche Schwierigkeiten, die die Schwäche der jungen Demokratie offenbart.

Ziel: Die MQM

Denn die Armeekaktion bleibt keinesfalls eine fadenscheinige Großraffia gegen unbedeutende kleine und mittlere Gauner, wie viele Beobachter geunkelt hatten, sondern gerät inzwischen zum Kesseltreiben gegen Pakistans drittgrößte Partei, die 'Mohajir Quami Movement' (MQM; Nationale Flüchtlingsbewegung). Beinahe tägliche Enthüllungen entlarven die MQM, die offensichtlich als ein kriminelles Kartell der Macht und des Verbrechens auftrat. Bisher hat die Armee 20 über das ganze Stadtgebiet von Karachi verstreute geheime Folterkammern ausgehoben, in denen mindestens 50 Gegner der Partei zu Tode gequält worden sein sollen. Hunderte von entkommenen Gefolterten melden sich nun als Zeugen.

Inzwischen hat die Bundesregierung eine 121 Namen umfassende Liste von Personen veröffentlicht, nach denen im Zusammenhang mit den Folterungen gefahndet wird. Die Gesuchten gehören ausnahmslos der MQM an. Darunter befinden sich auch der im Londoner Exil lebende Parteichef Altaf Hussain und vier Mitglieder des Bundesparlamentes sowie weitere prominente Parteiaktivisten. Ein Parlamentarier der Nationalversammlung und ein Minister der Lan-

desregierung wurden bereits verhaftet und des Mordes angeklagt. Viele MQM-Anhänger sind in den Untergrund gegangen oder haben sich ins Ausland abgesetzt, darunter auch der Bürgermeister von Karachi.

Politisches Erdbeben

Diese Vorgänge kommen einem politischen Erdbeben gleich, da die MQM mit 28 Sitzen im Provinzparlament von Sindh und mit 13 Abgeordneten in der Nationalversammlung bisher eine einflußreiche Größe war. Als Koalitionspartnerin der auf Bundes- und Landesebene regierenden IJI stellte sie zwei Bundesminister und die Hälfte des Provinzkabinetts. Obendrein verfügte die Partei über komfortable Mehrheiten in den Stadtparlamenten von Karachi und Hyderabad. Da viele MQM-Abgeordnete und Minister unter großem Druck zurückgetreten sind, ist zumindest im Sindh ein machtpolitisches Vakuum entstanden. Die Provinz und mit ihr die Metropole Karachi treiben weitgehend führungslos dahin, da die demokratisch legitimierte Verwaltung und die Legislative nicht mehr arbeitsfähig sind. Der weiter amtierende Ministerpräsident des Sindh wird von den hiesigen Medien als bloßer Befehlsempfänger der Zentralregierung in Islamabad bezeichnet. Faktisch hat vorläufig die Armeeführung mit Generalstabschef Asif Nawaz an der Spitze das Sagen.

Hintergründe der Aktion

Während das Rätselraten über die politische Zukunft des Sindh noch anhält, lichtet sich allmählich das Dunkel über die Hintergründe der Militäraktion: Daß die Bundesregierung ausgerechnet den Koalitionspartner MQM an den Pranger stellt und ausschließlich diese Partei für Korruption, Kriminalität und Terrorismus im Land verantwortlich macht, hat nicht nur hehre moralische Gründe, sondern entspricht auch machtpolitischem Kalkül.

Die Mitte der achtziger Jahre gegründete MQM feierte als politische Interessenvertretung der Mohajirs, einer nach der Teilung des Subkontinents aus Indien eingewanderten, sozial benachteiligten ethnischen Minderheit, unerwartet stürmische Erfolge. Die Partei verstand es unter dem straffen Regiment ihres charismatischen Führers aus den Spannungen zwischen den Mohajirs und den anderen Völkern der Provinz Sindh - Punjabis, Paschtunen und Sindhis - politisches Kapital zu schlagen. Mit aufpeitschenden Brandreden gegen das alteingesessene Establishment der Macht gelang es dem rhetorisch begabten Parteivorsitzenden Altaf Hussain, vor allem

den frustrierten städtischen Mittelstand und die entrechteten Bewohner der wuchernden urbanen Elendsquartiere zu mobilisieren. Ironischerweise hat ausgerechnet die Armee wesentlich dazu beigetragen, daß die MQM zu einer starken politischen Kraft aufsteigen konnte: Und zwar aus der Überlegung heraus, die den damals regierenden Generälen unbenqueme kurzzeitige Premierministerin Benazir Bhutto zu schwächen.

Wechselnde Allianzen

Schon bei den Wahlen 1988 nach dem Tod des Diktators Zia-ul Haq befreite sich die MQM von der Vormundschaft und verbündete sich mit der siegreichen 'Pakistan Peoples Party' (PPP). Schon zwei Jahre später betätigte sich die MQM erneut als Zünglein an der Waage, kündigte die glücklose Koalition auf und trug so zum Sturz Benazir Bhuttos bei. Die bei den Neuwahlen mit einem Erdrutschsieg erfolgreiche IJI belohnte die Abtrünnigen mit Regierungsämtern. Berauscht von ihrem Erfolg dachte die MQM-Führung zuletzt sogar laut über eine Ausdehnung auf ganz Pakistan in den nächsten zwei Jahren nach, was in der Parteizentrale der IJI und im Generalstab die Alarmglocken schrillen ließ: Bei der IJI, weil ihr auf nationaler Ebene gefährliche Konkurrenz zu entstehen drohte; bei den sich als Hüter der fragilen nationalen Einheit Pakistans verstehenden Militärs, weil die auf Konfrontation setzende MQM die zentrifugalen Kräfte des Landes in gefährlicher Weise aktivierte.

Auch wenn sich Altaf Hussain noch nicht geschlagen gibt und seine Anhänger aus dem Exil über Audio- und Videokassetten zu mobilisieren versucht, scheint sein politisches Schicksal besiegelt zu sein. Zumal sich inzwischen ein Flügel seiner Partei unter dem Namen 'MQM (Haqiqi)' abgespalten hat, um das politische Erbe der Gesamtpartei antreten zu können.

Beobachter befürchten, daß die Getreuen Hussains an den Abtrünnigen blutige Rache nehmen werden, sobald die Armee aus dem Sindh und Karachi abzieht. Dann werden sich auch die Entrechteten, Enttäuschten und Entrüsteten, vor allem aber die kleine dynamische Mittelschicht wieder zu einem explosiven Konfliktpotential formieren. Es zeigt sich also, daß die Drohgebärde der Waffen nur eine vorläufige und oberflächliche Ruhe in Pakistans Süden zu erzwingen vermochte. Die strukturellen Differenzen der Ethnien und Klassen und die ökonomischen und sozialen Probleme - die Ursachen von Gewalt und Gegengewalt - bleiben weiter ungelöst.